

## Noch kein Ende der Rentendebatte

von Hellmut Kapfenberger, GBM – Förderkreis Senioren

Durch ein Wechselbad der Gefühle gejagt werden nun schon seit vielen Monaten all jene Bürger, denen es nicht egal ist, wie es mit den Renten in diesem Lande weitergehen wird. Die anhaltend große Verunsicherung trifft Frauen und Männer aller Altersgruppen, Rentenbezieher kaum weniger als Millionen, die noch jahrelang in die Rentenkasse einzuzahlen haben und um deren künftige Gegenleistung bangen. Das Ende dieser Rentendebatte schon seit vorigem Jahr ist noch immer nicht erreicht. Geht es nach dem Willen der Bonner Koalition, dann wird der Bundesrepublik spätestens im Dezember dieses Jahres ein als „Rentenreform '99“ apostrophiertes Bündel unsozialer Veränderungen des bisherigen Rentensystems verordnet, die zum 01. 01. 1999 in Kraft treten sollen. Doch es liegen auch Alternativen auf dem Tisch. Deshalb dürfte schon sicher sein, was man in Bonn um jeden Preis verhindern wollte: Die Renten werden zum Thema des Wahlkampfes 1998.

Das Gesetzeswerk der Koalition, Ende Juni in den Bundestag eingebracht, soll Anfang Oktober dort endgültig verabschiedet werden. Sollte der Bundesrat dann Einspruch dagegen anmelden (seine Debatte darüber ist für Anfang November geplant), dann wird der von der Koalitionsmehrheit im Bundestag zurückgewiesen werden und der Kanzlerwille zunächst durchgesetzt sein. Daß ihr Konzept Mitte Juni bei einer mehr-tägigen Anhörung im Sozialausschuß des Bundestages von Sachverständigen massiv kritisiert worden ist und bei den Sozialverbänden im Lande auf einhellige Ablehnung stößt, ficht CDU/CSU und FDP offenkundig nicht an.

Die Notwendigkeit einer Anpassung des Rentensystems im Interesse seiner künftigen Finanzierbarkeit an neue soziale, soziologische und demographische Gegebenheiten – das Hauptargument der Koalition – liegt auch den von den Oppositionsparteien vorgelegten Gegenkonzeptionen zugrunde. Die SPD, die sich diesmal nicht in das Koalitionsboot hat hineinziehen lassen und wegen fehlender Korrekturbereitschaft der Koalition das Wahlkampfthema Renten bereits fixiert hat, machte Anfang Mai ihr Konzept künftiger Alterssicherung unter dem Titel „Strukturreform statt Leistungskürzung“ publik. Schon diese Benennung läßt den grundsätzlichen Unterschied zu den Koalitionsplänen deutlich werden. Gleich-

falls Anfang Mai beschloß die PDS-Bundestagsgruppe ein Konzept gleicher Tendenz – Ansätze für eine alternative Rentenreform 2000 – mit dem Ziel, die Rentenversicherung „armutsfest, gerechter und attraktiver“ zu machen; ein entsprechender parlamentarischer Antrag ist eingebracht. Seit Mitte Mai gibt es auch ein Diskussionspapier zum Thema aus den Reihen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dem Fraktions- und Vorstandssegen noch fehlen.

◆ In letzter Minute ◆ In letzter Minute ◆

### Protestveranstaltung

Am 7. Oktober 1997 fand in Berlin im Haus am Köllnischen Park eine Protestveranstaltung statt, an der auch viele ISOR-Mitglieder teilnahmen. Unter der Losung „Für sichere Renten und einen sorgenfreien, erfüllten Lebensabend“ hatte das Kuratorium Ostdeutscher Verbände dazu aufgerufen. In dem Aufruf heißt es u.a.: „Rentenreform gegen jung und alt. Im Eilverfahren soll im Oktober vom Deutschen Bundestag wieder einmal eine »Reform« verabschiedet werden. Diesmal richten sich die Sparpläne der Bonner Regierungskoalition gegen das Rentensystem. Mit uns nicht! – Bringt Eure Stimme zu Gehör!“

(Berichterstattung in „ISOR aktuell“ Nr. 11/97)

◆ In letzter Minute ◆ In letzter Minute ◆

### Positionen der Parteien

Die Unterschiede in den Positionen können hier nur unvollkommen und grob skizziert werden. (Dem, der sich gründlich informieren will, bietet die PDS-Zeitschrift „DISPUT“ 6/97 den bisher einzigen analytischen Vergleich.) Grundsätzlich: SPD und PDS lehnen kategorisch das zentrale Vorhaben der Koalition ab, das Rentenniveau schrittweise „etwa bis zum Jahr 2030“ von jetzt 70 Prozent des durchschnittlichen Netto-Arbeitseinkommens auf 64 Prozent (bei 45 Arbeitsjahren mit Durchschnittsverdienst) zu senken. Dabei entkräften sie auch die beschwichtigende Aussage der Koalition, die Niveausenkung werde einzig durch langsame Rentenanpassung und nicht durch Leistungskürzung erreicht. Den fundamentalen Einschnitt im Rentensystem begründet die Koalition damit, daß auch die Rentner sich „an den Kosten der steigenden Lebenserwartung und damit verbundenen längeren Rentenlaufzeiten beteiligen“ müßten, um „die Lasten auf Alt und Jung ge-

recht zu verteilen“. SPD und PDS halten dagegen, daß nicht die demographische Entwicklung, sondern die anhaltende gravierende Massenarbeitslosigkeit die Rentenkasse langfristig in Nöte bringt. Die Koalition beteuert, auch mit der Einbeziehung des „Demographiefaktors“ in die Rentenformel werde das Netto-Rentenniveau von 64 Prozent nach 45 Beitragsjahren garantiert. Sie unterschlägt dabei, daß in den alten Bundesländern jetzt schon 55 Prozent der Männer und 95 Prozent der Frauen für die sogenannte Eck- oder Standardrente – derzeit 1941 DM; – notwendigen 45 Beitragsjahre (bei durchschnittlichem Verdienst) zum Teil weit verfehlen. (Im Osten wirken derzeit noch andere Erwerbsbiographien.) Dieser Trend verstärkt sich noch. So rechnet die Opposition denn auch vor, in welchem Ausmaß zusätzlich die Senkung des Rentenniveaus künftig Altersrenten unter das Existenzminimum (gegenwärtig 1425 DM) drücken und somit die Altersarmut befördern würde.

### Soziale Grundsicherung

Da schon jetzt viele Altersrenten unter dem Existenzminimum liegen, fordern SPD, PDS und Bündnis Grüne – in Details unterschiedlich – eine steuerfinanzierte soziale Grundsicherung z.B. durch automatische Aufstockung niedriger Renten auf einen existenzsichernden Renten-Sockelbetrag statt der Inanspruchnahme von ergänzender Sozialhilfe. Ein solcher Gedanke spielt in den Koalitionsplänen nicht einmal ansatzweise eine Rolle; gepredigt wird statt dessen auch den Geringverdienenden die zusätzliche „private Vorsorge“ gegen Altersarmut. Das Verlangen der Opposition verbindet sich mit der Forderung, auf jegliche direkte oder faktische Leistungskürzungen in der Rentenversicherung, wie dem Koalitionskonzept immanent, zu verzichten. Die PDS fügte dem erste grundsätzlich Finanzierungsüberlegungen an und sieht die Notwendigkeit, diese schnell zu präzisieren; die SPD stellte derartiges in Aussicht.

Die Koalition will – der zweite Hauptpunkt ihres Konzepts – die bisherigen Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten abschaffen und eine gestaffelte Erwerbsminderungsrente einführen. Deren Höhe soll nur nach dem Grad der Invalidität oder Krankheit, aber nicht mehr wie bisher auch nach den Chancen auf dem Arbeitsmarkt entsprechend Beruf und Qualifikation errechnet werden; der Berufsschutz wäre Vergangenheit. Gegen dieses Vorhaben gibt es massiven Protest. SPD und PDS lehnen es rigoros ab und verlangen im Gegenteil, die derzeitigen Regelungen weiter zu verbessern. Entschieden verworfen wird schließlich die Absicht der Koalition, nach den schon 1996 durchgesetzten stufenweisen Veränderungen das Regel-Eintrittsalter für Altersrenten nunmehr schrittweise auf generell 65 Jahre anzuheben, für Männer wie Frauen, für langjährig Versicherte wie auch bei Renten wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeitarbeit.

Fortsetzung auf Seite 2

### Fortsetzung von Seite 1

Die Rentenpapiere der Opposition enthalten eine derartige Verlängerung der Lebensarbeitszeit aus vielerlei Gründen natürlich nicht.

Gravierende Unterschiede zwischen Koalitions- und Oppositionskonzepten zeigen sich auch beim Thema Frauen-Alterssicherung. Die Koalition will zwar die Bewertung von Kindererziehungszeiten als additive Beitragszeiten stufenweise bis zum Jahr 2000 von jetzt 75 Prozent des Durchschnittseinkommens aller Versicherten auf 100 Prozent verbessern, doch soll für die bis Ende 1991 geborenen Kinder nur ein Jahr pro Kind so in die Rentenberechnung eingehen. Die stärkere Berücksichtigung solcher Zeiten wollen alle Oppositionsparteien; die weitestgehenden Vorstellungen entwickelte die PDS. Mehr zur zwingend notwendigen, vom Bundesrat schon 1991 angemahnten Reform des ganzen Frauenrentenrechts bietet die Koalition nicht, hingegen die Opposition. Die PDS läßt sich dabei von dem Grundsatz leiten, daß nicht nur Erwerbsarbeit, sondern die Lebensleistung sich in den Frauenrenten widerspiegeln müsse.

**Fazit:** Die Opposition bescheinigt der Koalition, statt der erforderlichen Strukturreform „ein einziges Sparpaket“ als „Leistungskürzungsspirale“ vorgelegt zu haben. So bleibt, daß die von der Koalition beschworene „Stabilisierung der Rentenversicherung“ auf lange Sicht nicht von ihr, sondern von der Opposition sozialverträglich konzipiert wird.

## ISOR eingeladen

Am 27. September fand die Herbsttagung des Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e. V. zum Thema „Neue Armut in Ostdeutschland“ in Berlin statt. Auf Einladung des Veranstalters nahm der Vorsitzende von ISOR e.V. Horst Parton daran teil, der folgenden Bericht übermittelte:

Führende Vertreter der Sozialdemokratie, von Landesregierungen der neuen Bundesländer und Kirchen betonten übereinstimmend, daß neue Armut kein ostdeutsches Phänomen ist, sie ist aber in ihren absehbaren quantitativen Ausmaßen wie ihren psychologischen Rückwirkungen auf die Betroffenen und das gesellschaftliche Umfeld ohne Beispiel.

Die Erfahrung von Arbeitslosigkeit, der Entwertung von Qualifikation und Berufsbiographien sind in vielen ostdeutschen Familien gemacht worden. Nun stellen sie sich für ganze Bevölkerungsgruppen und Regionen als Dauerbelastung heraus.

Das Erleben sozialer Ungleichheit, die von den meisten Betroffenen vorübergehend hingenommen wurde, wird auf Dauer zum Skandal für die ganze Gesellschaft.

Die versprochene schnelle Angleichung des Lebensniveaus in Ost und West wurde nicht erreicht. Trotz materieller Zugewinne eines Teils der Ostdeutschen zeigt sich,

daß die ostdeutsche Bevölkerung zunehmend hinter der allgemeinen Entwicklung zurückbleibt und viele ins soziale Aus zu fallen drohen. Das Forum stellt sich die Aufgabe, die Chancen und Probleme der Entwicklung in Ostdeutschland öffentlich zu diskutieren, um neue Impulse für eine zukunftsorientierte und sozial gerechte Politik in Deutschland zu geben. Neue Impulse für die Lösung der sich zuspitzenden sozialen Fragen müssen sich auf die Erfahrungen engagierter Menschen, auf die Erkenntnisse von Verbänden, Vereinen, Gewerkschaften, Kirchen und Initiativen stützen. Den Mißstand „neue Armut“ im Osten Deutschlands zu beseitigen, d. h. in erster Linie die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen, wurde als Hauptauftrag der Herbsttagung des Forum Ost der Sozialdemokratie dargestellt.

★

Am 01. September 1997 fand auf Einladung des Landesverbandes Ost des Deutschen Bundeswehrverbandes e.V. in dessen Geschäftsstelle ein Gespräch zu beiderseits interessierenden Fragen zwischen dem Landesvorsitzenden Ost, Oberstabsfeldwebel Holger P. Reimer, und dem Vorsitzenden von ISOR e.V., Horst Parton, statt. Im Verlauf des sachlichen und konstruktiven Gesprächs würdigten die Vorsitzenden das erfolgreiche Wirken, gemeinsam mit anderen Verbänden und Vereinigungen, bei der Herbeiführung des AAÜG-Änderungsgesetzes als einen wichtigen Teilerfolg.

Es wurde vereinbart, die persönlichen Kontakte weiter auszubauen und im Interesse der gemeinsamen Sache die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rentenrechts, wie u.a. der restlosen Beseitigung des noch bestehenden Rentenstrafrechts sowie der Neuregelung zusätzlicher Versorgungsansprüche, aktiv zu fördern.

*Der Vorstand empfiehlt den TIG, die Zusammenarbeit mit den Kameradschaften des DBwV auf dieser Basis weiter zu gestalten.*

## Aus dem Vereinsleben

In einer Protestresolution an den Petitionsausschuß des Bundestages in Bonn fordert die Mitgliederversammlung der TIG **Hettstedt**, daß sich der Ausschuß dafür einsetzt, daß auch die letzten Schranken des Rentenstrafrechts, ohne Wenn und Aber, beseitigt werden.

★

Zwischen den TIG **Ascherleben**, **Quedlinburg**, **Bernburg** und **Hettstedt** soll eine Zusammenarbeit in der Form erfolgen, daß jede TIG einmal im Jahr eine gemeinsame Veranstaltung zur Festigung des Zusammenlebens organisiert.

★

Die TIG **Wefensleben** hielt auf ihrer Zusammenkunft im September Rückschau auf ihr einjähriges Bestehen. Es wurde auf das weitere Abfassen und Versenden von

Petitionen verwiesen. Auch Mitglieder, die noch nicht Rentner sind, haben Petitionen an den Petitionsausschuß eingebracht.

Die TIG hat im August einen Skatabend durchgeführt und auf Grund der guten Resonanz für September einen weiteren vorgesehen. Im Oktober soll eine Harzrundfahrt, im Dezember eine Weihnachtsfeier veranstaltet werden. Im Vorstand wurde ein Mitglied für Kultur- und Gemeinschaftsangelegenheiten eingesetzt. Mitglieder, die in der PDS organisiert sind, wollen der Basisorganisation vorschlagen, daß diese einen Antrag zur vollständigen Beseitigung des Rentenstrafrechts an den 5. Parteitag der PDS Sachsen-Anhalt einbringt.

★

Die „**Löbauer Zeitung**“ würdigte in einem Beitrag das Wirken der dortigen TIG im Ringen um die Beseitigung des Rentenstrafrechts, des gegenseitigen Beistandes und der solidarischen Hilfe, vor allem gegenüber Mitgliedern in besonders schwierigen Lebenslagen. Wörtlich heißt es:

*„Die Territoriale Initiativgemeinschaft Löbau steht mit ihren 118 Mitgliedern weiterhin solidarisch zusammen, bis Rentengerechtigkeit für alle erreicht ist. Interessenten können sich jederzeit solidarisch anschließen...“*

★

Die TIG **Chemnitz** unterbreitet ihren Mitgliedern in ihrer Regionalausgabe „**ISOR Chemnitz informiert**“ Nr. 10/97 ein „Angebot für die Durchführung einer seriösen, kostenlosen Versicherungs- und Finanzberatung“.

★

Die TIG **Dresden** bietet Mitgliedern, die sich selbständig gemacht haben, die Möglichkeit zur Selbstdarstellung im von der TIG herausgegebenen Informationsblatt. *„Unter dem Motto 'Freunde helfen Freunden' wollen wir unsere Mitglieder, die sich selbständig gemacht haben, mit einer Werbung zur Gewinnung von Kunden unterstützen“.*

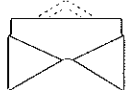
★

Einhellig bekundeten die Mitglieder der TIG **Ribnitz-Damgarten**, **Greifswald** und **Stralsund** ihre Entschlossenheit zu erhöhter politischer Aktivität. Im Vordergrund stehen Briefe an den Petitionsausschuß sowie an Politiker, um dazu beizutragen, das Rentenstrafrecht vollends zu beseitigen. Als notwendig wurde in den Versammlungen ebenso hervorgehoben, jetzt den Spendenaufruf zu verwirklichen. Neben den vom Rentenstrafrecht befreiten ehemaligen NVA-, VP- und Zollangehörigen sollten auch die jüngeren Mitglieder, denen der Kampf um Rentengerechtigkeit künftig erspart bleibt, ihre Verpflichtung entsprechend der abgegebenen Bereitschaftserklärung erfüllen bzw. sich in angemessener Form an der solidarischen Finanzierung unseres politischen und juristischen Kampfes beteiligen.

*Fortsetzung auf Seite 3*

### Fortsetzung von Seite 2

Die Arbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik Berlin-Hohenschönhausen, in der ein Vertreter der TIG aktiv mitwirkt, hat sich in einer Erklärung u. a. gegen das verbliebene Rentenstrafrecht ausgesprochen und Proteste angekündigt. Weiter brachte sie zum Ausdruck, bei den kommenden Wahlen dafür zu plädieren, nur den Kandidaten die Stimme zu geben, die bereit sind, den Sozialabbau zu stoppen und eine Politik zum Wohlstand aller Menschen zu verwirklichen.



### Aus der Postmappe

ISOR aktuell ist in der Arbeit ... unserer TIG eine Quelle guter Beispiele, wie man den Zusammenhalt der Mitglieder verbessern kann.

Gerade die Augustausgabe mit den Initiativen vieler TIG finde ich sehr gut. Als gelungen finde ich die Verse „Widerstand“ von Erik Neusch zur Erfurter Erklärung. Diese Worte sind nicht nur mir aus dem Herzen gesprochen. Das, was E. Neusch schreibt, ist nicht schlechthin ein Gedicht, es ist in vieler Hinsicht das tägliche Leben, darunter vieler Mitglieder von ISOR. e.V.

Interessant finde ich die Mitgliederübersicht von 1991 bis Juni 1997. In dieser Übersicht steht Sachsen-Anhalt am Ende und muß große Anstrengungen unternehmen, um mit Mecklenburg-Vorpommern, die mit fast doppelt soviel Mitgliedern an vierter Stelle stehen, mithalten. Trotz alledem, eine gute Bilanz.

E. Seeland, Hettstedt

★

Auf Anregung des TIG-Vorstandes und von ISOR aktuell wurden im Monat Juli mit den Mitgliedern unserer Gruppe persönliche Gespräche geführt, deren Gegenstand die Notwendigkeit verstärkter Aktivitäten für die Beseitigung des Rentenstrafrechts war. Im Ergebnis dessen wurden mehrere Protestschreiben an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages in Bonn versandt, in denen die ehemaligen Angehörigen der DVP und NVA in solidarischer Haltung die vollständige Beseitigung des Rentenstrafrechts auch für ehem. Angehörige des MfS forderten.

Es wurde deutlich gemacht, daß endlich mit der Diskriminierung und dem Rentenrecht Schluß gemacht werden muß. Da in unserer Gruppe überwiegend Mitglieder mit einem hohen Alter organisiert sind, deren Gesundheit zu wünschen übrig läßt, wurde ihnen Unterstützung gegeben.

Der Petitionsausschuß hat auf diese Proteste in der Weise reagiert, daß ... „diese Verfahren ... noch längere Zeit in Anspruch nehmen.“

### Frankfurter Aktivitäten

Der Vorstand der TIG Frankfurt wandte sich im Juli mit einem Aufruf an alle Mitglieder und Sympathisanten in ihrem Territorium, in dem es u. a. heißt:

„ ... Nicht nur die ausstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abwartend – sondern ihre berechtigten Forderungen zur restlosen Beseitigung strafrechtlicher Regelungen im Rentenrecht gegenüber den Politikern in Bonn erhebend – wandten sich eine Vielzahl der Mitglieder unserer TIG beschwerdeführend an den Petitionsausschuß des Bundestages. Sie machten deutlich, daß ihre früheren Petitionen auch durch das neue AAÜG-ÄndG nicht erledigt seien.

Weitere wandten sich als ehemalige Angehörige des MfS oder deren Ehefrauen erstmalig beschwerdeführend an den Petitionsausschuß und verlangten die Beseitigung des Rentenstrafrechts...

Andere, die aus dem Rentenstrafrecht entlassen wurden, fordern in Petitionen die Nachzahlung erlittener Rentenverluste für die Zeit vor dem 1. 1. 1997...

Der Vorstand ruft Euch auf, in den Aktivitäten nicht nachzulassen, bis das Rentenstrafrecht für alle beseitigt ist. Packt nochmals kräftig an. Verstärkt insbesondere unter ehem. Mitarbeitern die Mitgliederwerbung, laßt diese nicht allein – oder gewinnt sie als Spender – denn auch diese Seite ist sehr bedeutsam in diesem Kampf. Ergreift Eigeninitiative im Schreiben an den Petitionsausschuß – auch das letzte Mitglied muß sich mit seinen Forderungen eingereiht haben... Mobilisiert dazu auch die Ehepartner, denn auch diese sind Betroffene von Euren Rentenkürzungen.

Nur wenn wir unsere berechtigten Forderungen gegenüber den Politikern in Bonn mit Nachdruck und in der Vielzahl zum Ausdruck bringen, wird unser Kampf um Rentengerechtigkeit erfolgreich sein...“

Für uns bedeutet das, im Kampf um Rentengerechtigkeit nicht nachzulassen (...). Ich bin Kassierer einer Gruppe von 17 Mitgliedern der Weststadt Schwerin.

Margit Dreher, Schwerin

★

Ich bin seit ISOR-Gründung Mitglied und auch seit diesem Zeitpunkt Leiter der AG Recht der TIG Wolgast. In vielen Konsulta-

tionen haben wir unseren Mitgliedern Hilfe bei der Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen zur Beseitigung des Rentenstrafrechts gegeben. Seit dem 1. 1. 1997 wurden für die Mehrzahl unserer Mitglieder wesentliche Erfolge bei der Beseitigung der Rentenklappung erzielt.

Jetzt gilt es, für die auch weiterhin dem Rentenstrafrecht unterliegenden ehemaligen Mitarbeiter des MfS/AFNS die noch immer bestehenden und diskriminierenden Rentenstrafnormen zu beseitigen.

Ich hatte die Möglichkeit, an der Vertreterkonferenz von ISOR im Juni 1997 teilzunehmen und dort das geschlossene Auftreten aller Vertreter mitzerleben. Da ich selbst ehemaliger Mitarbeiter des MfS/AFNS bin, ist es für mich ein bewegendes Gefühl, die einheitliche Solidarität der ISOR-Mitglieder zu erleben.

Irgendwie bewegt bin ich jedoch darüber, daß in ISOR aktuell zu wenig grundlegende Auffassungen bzw. Aktivitäten des ISOR-Vorstandes zu diesem aktuellen Thema zum Ausdruck gebracht werden.

Ich vertrete den Standpunkt, daß man in dieser Phase des Kampfes nicht nur die TIG-Vorstände und die ISOR-Mitglieder zu weiteren Aktivitäten aufrufen kann, sondern auch der Vorstand selbst stärker in Erscheinung treten muß.

Ich bin der Überzeugung, daß durch Euch viele Aktivitäten entfaltet werden bzw. wurden. Aber es kann doch nicht richtig sein, daß die Mitglieder darüber zuwenig erfahren (...)

Arthur Staigis, Wolgast

### Lesenswertes

#### Für Leser mit Köpfchen

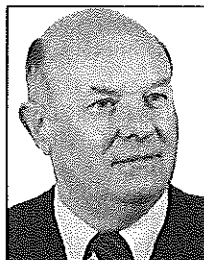
Der 96-Seiten-Krimi von ISOR-Mitglied Heinz Helmut Karbe (\*) ist eine vergnügeliche Lektüre. Und das, obwohl (oder vielleicht weil) der Leser schließlich wie weiland Sokrates feststellt, daß er nun weiß, daß er nichts weiß: Wie ein knappes Bäckerdutzend Leichen tatsächlich zu Tode gekommen sind; ob jemand töten kann, ohne Spuren zu hinterlassen; wie und warum dieser jemand das eigentlich tut, wenn er es vermag; wer der Anonymus im Hintergrund ist, der die Mordaufträge erteilt; ob die Sonderkommission weiter ermitteln wird... Wer weiß? „So ist es im Leben“,

Fortsetzung auf Seite 4

### Die Mitglieder der Revisionskommission



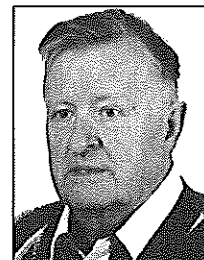
Joachim Piller, Eichwalde  
Vorsitzender



Paul Nimz  
Oranienburg



Dietrich Kaiser  
Berlin-Marzahn



Karl-Heinz Schwarzeit  
Berlin-Friedrichshain

**Der Vorstand dankt allen Spendern, die mit ihrer Zuwendung das Wirken der ISOR im Kampf um Rentengerechtigkeit und Beseitigung des Rentenstrafrchts unterstützen.**

#### Fortsetzung von Seite 3

kommentiert der Autor lakonisch. „Nicht jeder Kriminalfall endet auf gleiche Weise.“ Ein krimi-unübliches open end also. Soll der Leser genasführt werden? Im Gegenteil. Er wird gefordert, weil er dem unaufdringlichen, aber nachhaltigen Zwang nur schwerlich widerstehen kann, an den polizeilichen Recherchen gedanklich mitzuwirken. Vor allem auf diese Weise entsteht die nötige Spannung und ein Lesevergnügen, das Karbe mit einer geradlinigen Handlung und wohlthuend prägnanter Sprache zu bereichern weiß.

Das Büchlein sei zum Selberlesen wie zum Verschenken empfohlen; denn: „Wer Bücher schenkt, schenkt Wertpapierel“, liest man bei Erich Kästner.

W. Göldner, Berlin

(\*) Karbe: „Der scheinbar ganz normale Tod“, erschienen bei Frieling (Schwarze Reihe), Berlin 1997, DM 14,80

#### Bei anderen gelesen

Die **Volkssolidarität**, der mit 500.000 Mitgliedern größte Wohlfahrtsverband in Ostdeutschland, stellte bereits im Juni ein eigenes Konzept zur künftigen Gestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung vor. Neues Deutschland dokumentierte am 16. September ganzseitig Thesen dieses Konzepts.

Einleitend heißt es darin, eine Einmischung in die gegenwärtige Debatte um eine Rentenreform sei dringend erforderlich, da „die Volkssolidarität in der von der Bundesregierung vorgelegten Konzeption keine den Interessen älterer Bürger dienende fortschrittliche Lösung, sondern einen weiteren Schritt auf dem Weg des Sozialabbaus zu Lasten des Lebensstandards vor allem der künftigen Rentnergenerationen sieht...“

Die Volkssolidarität fordert die Lebensstandardsicherung im Alter auf einem Nettorentenniveau von rund 70 Prozent und unterbreitet detaillierte Vorschläge, wie der Generationenvertrag ausgebaut und die infolge des sich ändernden Altersaufbaus der Bevölkerung entstehenden Belastungen finanziert werden können.

Zum RÜG heißt es u.a. in dem Konzept: „Zu beseitigen sind rentenrechtliche Diskriminierungen durch Aberkennung gezahlter Leistungen, die über die nachträglich festgesetzte Beitragsbemessungsgrenze hinausgehen, sowie pauschalierte Absenkung von Berufs- und Einkommensgruppen.“

★

Die „**VDK-Zeitung**“ Nr. 9 veröffentlichte auf Seite 1 eine Kritik ihres Präsidenten Walter

Hirrlinger an die in Bonn Regierenden. In dem Blatt heißt es unter der Überschrift: „Ein Rentenstreit im Wahljahr 1998 ginge aufs Konto der Koalition“: „Vor einer Nullrunde bei der Rentenanpassung am 1. Juli 1998 durch Vorziehen der anstehenden Rentenreform auf das kommende Jahr hat VdK-Präsident Walter Hirrlinger die Bonner Regierungskoalition gewarnt. Ein solcher Schritt wäre »unverschämt« und eine »rücksichtslose Zumutung« für die 17 Millionen Rentnerinnen und Rentner in Deutschland. »Null Mark Anpassung bei der mit Sicherheit noch anziehenden Teuerungsrate wäre nämlich in Wirklichkeit eine Rentenkürzung.«“

#### Mitglieder fragen – „ISOR aktuell“ antwortet

Es gibt immer wieder Anfragen zum dem Beitrag in Nr. 8/97, Seite 4, „Auch im öffentlichen Dienst ist Übergangsrente zu zahlen“ hinsichtlich des Personenkreises, für den das zutrifft. Zur Vervollständigung sei gesagt, daß ehemalige Angehörige des MiS/AfNS von dieser Regelung nach wie vor ausgeschlossen sind. Wenn in einzelnen Fällen dennoch ein Antrag an das Bundesverwaltungsamt gestellt wurde, ist von dort ein ablehnender Bescheid zu erwarten, der die Rechtslage richtig widerspiegelt. Auf Widerspruch sollte deshalb verzichtet werden.

#### Der Vorstand teilt mit

Der Vorstand berief

Fred Schmidt, Wefensleben und  
Rudolf Winterfeld, Berlin

als weitere Mitglieder in den Beirat.

Auf der Vorstandssitzung am 24. September wurden u.a. folgende Themen behandelt:

- Fragen der weiteren Finanzarbeit von ISOR e.V.
- Verlauf und Ergebnisse der bisher durchgeführten Beiratsberatungen und Schulungen.
- Information über ein Informationsgespräch zwischen DBWV e.V. Landesverband Ost und ISOR (siehe Seite 2).

#### Berichtigungen

1. Durch einen technischen Fehler ist in Nr. 9/97, Seite 3 der Schluß des Artikels „Spendenaufwurf wird verwirklicht“ verstümmelt worden. Er lautet vollständig:

„**Deshalb bitten sie auch um Verständnis dafür, daß es noch einige Wochen und Monate dauern wird, bis die letzte Rechnung zugegangen ist.**“

Der Vorstand“

2. Der Beschluß, der auszugsweise auf Seite vier der gleichen Ausgabe unter „Aus dem Vereinsleben“ veröffentlicht wurde, stammt von der TIG Wanzleben und nicht Wefensleben.



#### Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

Erhard Bade, Berlin-Marzahn  
Herbert Barthel, Berlin-Treptow  
Hans-Jürgen Elas, Erfurt  
Rudi Gnauck, Berlin-Friedrichshain  
Harry Goldhardt, Leipzig  
Herbert Heldner, Leipzig  
Horst Hermann, Schönow  
Jutta Herms, Berlin-Marzahn  
Inge Höhdorf, Bad Salzung  
Wolfgang Illner, Oranienburg  
Eduard Jetz, Berlin-Treptow  
Günter Keber, Berlin-Köpenick  
Wolfgang Kroll, Cottbus  
Horst Krüger, Berlin-Prenzlauer Berg  
Sonja Krüger, Berlin-Friedrichsfelde  
Hanno Kunze, Berlin-Treptow  
Gunther Lützenberg, Leipzig  
Harri Mehner, Berlin-Friedrichsfelde  
Karl Milltzer, Berlin-Marzahn  
Manfred Möbius, Bernau  
Hertha Muth, Berlin-Lichtenberg  
Werner Neupert, Chemnitz  
Günter Pieper, Neustrelitz  
Wenzl Pöhlmann, Chemnitz  
Franz Reiche, Wolfen  
Herbert Reitmann, Halle  
Paul Rödel, Gera  
Gerhard Schlesak, Berlin-Weißensee  
Heinz Schöneberg, Halle  
Wolfgang Schulz, Schwerin  
Arnold Spetzke, Berlin-Friedrichsfelde  
Sofie Taetzsch, Gera  
Erich Thieme, Bernau  
Josef Tobisch, Gera  
Erich Trinkler, Hoyerswerda  
Werner Veltzke, Neubrandenburg  
Günter Vollmering, Berlin-Treptow  
Andreas Vongehr, Frankfurt/Oder  
Rainer Walzel, Berlin-Marzahn  
Heinz Wittenberg, Schwerin

*Ehre ihrem Andenken.*

#### IMPRESSUM

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Bankverbindung: Berliner Sparkasse  
Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15

Fax: (030) 29 78 43 16

Post: ISOR e.V. -

Postfach 700423 - 10324 Berlin

Sprechstunden:

Dienstag und Mittwoch 9 bis 13 Uhr

Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden

Vi.S.d.P.: Prof. Dr. Werner Wunderlich  
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.  
Druck: Druckerel Paulick, 10405 Berlin

**Nicht wegwerfen! – Weitergeben! ★ ★ ★ Nicht wegwerfen! – Weitergeben!**